

**Europaweite Vergabe**  
der  
**Lieferung eines Abrollkipperfahrzeugs**  
**für den Landkreis Freudenstadt**  
im  
**Offenen Verfahren nach VgV**

**VERFAHRENSLEITFADEN**

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
1 Vorbemerkungen .....	4
2 Leistungsübersicht und spezielle Ausführungsbedingungen .....	6
2.1 Leistungsübersicht .....	6
2.2 Lieferfrist/Lieferort .....	6
3 Angebotsbedingungen .....	7
3.1 Vergabeverfahren .....	7
3.2 Form des Angebots .....	7
3.3 Mindestkriterien für Angebote .....	7
3.4 Haupt- und Nebenangebote .....	8
3.5 Bietergemeinschaften, Eignungsleihe Unterbeauftragung .....	8
3.5.1 Bietergemeinschaften .....	8
3.5.2 Eignungsleihe .....	8
3.5.3 Unterbeauftragung .....	8
3.6 Fristen .....	9
3.6.1 Angebotsfrist .....	9
3.6.2 Zuschlags- und Bindefrist .....	9
3.7 Einreichung des Angebotes .....	9
3.8 Berichtigungen, Änderungen oder Zurückziehung des Angebotes .....	9
3.9 Kosten der Angebotserstellung .....	9
3.10 Tariftreue und Mindestlohn .....	10
3.11 Eigenerklärung zu Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 .....	10
3.12 Produktvorführung .....	10
3.13 Nachforderung von Unterlagen .....	11
4 Berücksichtigung der Angebote und Zuschlagskriterien .....	12
4.1 Berücksichtigung der Angebote .....	12
4.1.1 Ausschluss vom Verfahren .....	12
4.1.2 Eignung .....	12
4.2 Zuschlagskriterien .....	12
5 Mitteilungen und Bekanntmachungen .....	15
5.1 Mitteilungen über nicht berücksichtigte Angebote; § 134 GWB .....	15
5.2 Bekanntmachung der Auftragsvergabe, § 39 VgV .....	15
6 Vergabekammer .....	15

### **Verzeichnis der Anlagen**

- Anlage 1 - Angebotsformular (Textteil und Anhänge)
- Anlage 2 - Leistungsbeschreibung
- Anlage 3 - Vertragsentwurf
- Anlage 4 - Datenschutzhinweis nach DSGVO

**1      Vorbemerkungen**

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Freudenstadt schreibt die

**Lieferung eines Abrollkipperfahrzeuges**

aus.

Der vorliegende Verfahrensleitfaden stellt Ihnen zum einen die Formalitäten des Vergabeverfahrens vor, zum anderen gibt dieser Ihnen einen ersten Überblick über den Leistungsgegenstand und stellt Ihnen die Rahmenbedingungen der Angebotsauswertung dar.

Bitte lesen Sie den Verfahrensleitfaden sowie die weiteren Bestandteile der Vergabeunterlagen:

Anlage 1 - Angebotsformular (Textteil und Anhänge)

Anlage 2 - Leistungsbeschreibung

Anlage 3 - Vertragsentwurf

Anlage 4 - Datenschutzhinweis nach DSGVO

sorgfältig durch.

Darüber hinaus werden Sie gebeten, unmittelbar die Vollständigkeit der Unterlagen zu überprüfen. Die Vollständigkeit der Vergabeunterlagen insgesamt ist zunächst auf Grundlage des Anlagenverzeichnisses auf Seite 3 dieses Verfahrensleitfadens zu prüfen. Die Vollständigkeit der einzelnen Dokumente der Vergabeunterlagen, einschließlich deren Anhänge, ist außerdem auf Grundlage der Inhaltsverzeichnisse und der Seitennummerierung (ab Seite 1 bzw. 2 oben rechts) zu prüfen. Unter Umständen fehlende Unterlagen sind unverzüglich über das elektronische Vergabeportal (hier: DTVP) nachzufordern.

Die Ihnen vorliegenden Unterlagen dürfen nur im Rahmen dieser Ausschreibung verwendet werden. Eine weitergehende anderweitige Nutzung – gleich welcher Art – ist an die schriftliche Zustimmung des Auftraggebers gebunden.

Der Landkreis Freudenstadt wird in diesem Vergabeverfahren gleichbedeutend auch als „Auftraggeber“ oder „Vergabestelle“ bezeichnet.

Der Schriftverkehr mit der Vergabestelle ist in deutscher Sprache zu führen.

Die an diesem Vergabeverfahren teilnehmenden Unternehmen werden in diesem Leitfaden sowie dessen Anlagen gleichbedeutend auch als „Auftragnehmer“ und für die Dauer des Vergabeverfahrens als „Bieter“ bezeichnet.

Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als „Vertragspartner“ bezeichnet.

**Unklarheiten in den Vergabeunterlagen, Bieterfragen, zusätzliche Auskünfte**

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, insbesondere solche, welche die Preisermittlung beeinflussen können, so hat der Bieter die Vergabestelle umgehend darauf hinzuweisen.

Der Bieter hat den Auftraggeber auf evtl. Widersprüche in den Vergabeunterlagen und die evtl. Unvollständigkeit der ausgeschriebenen Leistung unverzüglich aufmerksam zu machen.

Die Bieter haben die Möglichkeit, das Vergabeverfahren und den Leistungsgegenstand betreffende Fragen zu stellen.

Anfragen zur Ausschreibung sind ausschließlich über das elektronische Vergabeportal (hier: DTVP) unter Bezugnahme auf die jeweilige Anlage sowie unter Nennung des jeweiligen Kapitels bzw. des Paragraphen zu stellen.

Die Anfragen müssen bis zum **14.07.2026** bei dem Vergabeportal eingegangen sein, damit die Vergabestelle diese innerhalb der Frist des § 20 Abs. 3 Nr. 1 VgV beantworten kann. Anfragen, die nach dem o.g. Zeitpunkt über das Vergabeportal bei der Vergabestelle eingehen, sind nicht mehr „rechtzeitig“ im Sinne der vorgenannten Vorschrift.

Die Vergabestelle behält sich vor, ggf. auch noch zu einem späteren Zeitpunkt Bieterfragen zu beantworten oder zusätzliche Auskünfte zu erteilen. Die Bieter haben hierauf keinen Anspruch. In diesen Fällen wird die Vergabestelle die Angebotsfrist angemessen verlängern.

Die Fragen der Bieter werden gesammelt, sortiert und soweit möglich in regelmäßigem Turnus auf dem elektronischen Vergabeportal DTVP beantwortet.

**Bitte beachten Sie:**

Die zusätzlichen Auskünfte werden ausschließlich auf dem elektronischen Vergabeportal DTVP zur Verfügung gestellt.

Bieter, welche sich zur Anmeldung in dem elektronischen Vergabeportal freiwillig und kostenlos registrieren, werden automatisch über neue Informationen, Antworten oder Bekanntmachungen der Vergabestelle informiert.

Die vor Ablauf der Angebotsfrist auf oben genannter Plattform veröffentlichten Antworten sind im Rahmen der Angebotserstellung und bei der Leistungserbringung zu beachten und werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Hinsichtlich der Verarbeitung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13, 14 DSGVO wird auf die Datenschutzhinweise gem. Anlage 4 verwiesen.

## **2      Leistungsübersicht und spezielle Ausführungsbedingungen**

### **2.1      Leistungsübersicht**

Die Vergabe der Leistungen erfolgt in einem Los.

Der zu vergebende Auftrag umfasst die Lieferung eines Abrollkipperfahrzeugs.

Der Lieferumfang umfasst

- 3-Achs-Fahrgestell,
- Aufbau (einschließlich Montage),
- Abrollcontainer mit aufgebautem Ladekran mit Grüngut- und Forstgreifer einschließlich der Einbindung in die Hydraulikanlage des Fahrzeuges (einschließlich Montage).

Das Fahrzeug muss die HVO 100 Herstellerfreigabe erfüllen. Eine detaillierte Beschreibung des Leistungsumfanges ist der als Anlage 2 den Vergabeunterlagen beige-fügten Leistungsbeschreibung sowie den weiteren Anlagen zu entnehmen.

### **2.2      Lieferfrist/Lieferort**

Folgende Lieferfrist wird festgelegt:

- Lieferfrist:      bis 15. Oktober 2027
- Lieferort:        Entsorgungsanlage Bengelbruck

### **3      Angebotsbedingungen**

#### **3.1      Vergabeverfahren**

Aufgrund des geschätzten Auftragswertes der Leistungen erfolgt die Ausschreibung europaweit im offenen Verfahren nach § 15 VgV, d. h. unter Berücksichtigung der Vorgaben der Richtlinie 2014/24/EU, des GWB sowie der VgV.

#### **3.2      Form des Angebots**

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

**Das Angebot ist mit Hilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal [www.dtyp.de](http://www.dtyp.de) zu übermitteln.**

Diese erfolgt über den Menüpunkt „Angebote“. Dort wird das kostenlose „Bietertool“ bereitgestellt, welches eine separate Installation erfordert. Voraussetzung für die Nutzung des Bietertools ist eine entsprechende Java Laufzeitumgebung (JRE), welche kostenfrei unter <https://www.java.com/de/> bezogen werden kann, sofern diese nicht bereits installiert ist. Je nach Betriebsumgebung sind für die Installation der Laufzeitumgebung bzw. des Bietertools unter Umständen administrative Rechte erforderlich.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Angebotsfrist die Übermittlung des Angebots zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang finden Sie unter [www.dtyp.de](http://www.dtyp.de) weitergehende Informationen. Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Angebotsabgabe grundsätzlich keine Auskünfte erteilen.

**Zur Abgabe eines Angebotes ist das Angebotsformular (Anlage 1, einschließlich Anhängen) und die Leistungsbeschreibung (Anlage 2) auszufüllen und über das Vergabeportal elektronisch einzureichen (vgl. hierzu Ziffer 3.7). Die Dateien müssen in dem Dateiformat „PDF“ erstellt sein.**

Die Angebotserstellung erfolgt durch Ausfüllen oder Ankreuzen der besonders gekennzeichneten Felder und Kästchen des Angebotsformulars, einschließlich seiner Anhänge.

Änderungen von Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

Daneben sind entsprechend den Vorgaben dieser Vergabeunterlagen weitere Unterlagen (Erklärungen und sonstige Nachweise) über das Vergabeportal einzureichen, die unter anderem der Beurteilung Ihrer Eignung dienen.

Die beizubringenden Dokumente sind im Angebotsformular aufgeführt.

Die Anlagen 3 und 4 sowie der vorliegende Leitfaden verbleiben beim Bieter. Eine Einreichung dieser Dokumente über das Vergabeportal zusammen mit dem Angebot ist nicht erforderlich.

#### **3.3      Mindestkriterien für Angebote**

Dem Angebot muss (als Mindestkriterium) der beigelegte Vertragsentwurf einschließlich der Leistungsbeschreibung unverändert zu Grunde gelegt werden. Ebenso gelten sämtliche im Leitfaden aufgeführte Bewerbungsbedingungen.

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

### **3.4 Haupt- und Nebenangebote**

Die Abgabe mehrerer Hauptangebote ist unzulässig.

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

### **3.5 Bietergemeinschaften, Eignungsleihe Unterbeauftragung**

#### **3.5.1 Bietergemeinschaften**

Geben mehrere Unternehmen ein gemeinschaftliches Angebot ab, so hat die Bietergemeinschaft spätestens nach Aufforderung durch die Vergabestelle innerhalb einer gesetzten Frist eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben. In dieser Erklärung muss die Bildung einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall organisatorisch geregelt sein. Darüber hinaus sind alle Mitglieder der Bietergemeinschaft aufzuführen und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter zu benennen. Außerdem ist zu erklären, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

#### **3.5.2 Eignungsleihe**

Ein Bieter kann zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bieter und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist auf Verlangen der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird. Ein Bieter kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (§ 47 Abs. 1 S. 3 VgV).

Die Unternehmen, auf die sich ein Bieter zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bieter auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind auf Verlangen der Vergabestelle die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen. Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe gemäß § 123 Abs. 1 bis 4 GWB vor, so ist das Unternehmen auf Aufforderung der Vergabestelle innerhalb einer von dieser vorgegebenen Frist zu ersetzen. Liegen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vor, so kann die Vergabestelle verlangen, dass der Bieter das Unternehmen ersetzt.

Sofern ein Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit ganz oder teilweise die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, haftet/haften diese(s) Unternehmen im Auftragsfalle gemeinsam neben dem Bieter für die Auftragsausführung.

#### **3.5.3 Unterbeauftragung**

Ein Unterauftragnehmer ist ein Unternehmen, welches im Auftrag des zukünftigen Auftragnehmers die ausgeschriebenen Kernleistungen erbringen soll.

Beabsichtigt der zukünftige Auftragnehmer dagegen Leistungen, die er für die ordnungs- und vertragsgemäße Erbringung der ausgeschriebenen Kernleistungen bedarf



(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt! Nicht mit dem Angebot einreichen!)

(z. B. Beschaffung oder Instandhaltung von technischen Einrichtungen etc.) von Dritten zu beziehen, so handelt es sich bei diesen Dritten nicht um Unterauftragnehmer.

Bereits im Angebot ist zu erklären, ob der Bieter sämtliche Leistungen selbst erbringen oder Teilleistungen an andere Unternehmen vergeben will. Es sind daher Art und Umfang der Leistungen anzugeben, die an Unterauftragnehmer übertragen werden sollen. Die Unterauftragnehmer sind im Rahmen des Angebotes – sofern bereits bekannt – namentlich zu benennen. Spätestens auf Verlangen der Vergabestelle im Zuge der Angebotsauswertung hat der Bieter die Unterauftragnehmer zu benennen. Die Vergabestelle prüft, ob Gründe für den Ausschluss des Unterauftragnehmers vorliegen, vgl. § 36 Abs. 5 VgV.

Für alle Leistungen gilt, dass ein eventueller Unterauftragnehmer die ihm übertragenen Leistungen in jedem Fall selbst erbringen muss. Eine Beauftragung der Leistungen an weitere Unternehmen durch den Unterauftragnehmer (Unterunterauftragnehmer) ist nicht zulässig.

### **3.6 Fristen**

#### **3.6.1 Angebotsfrist**

Das Angebot ist spätestens bis zum **24.07.2026, 12:00 Uhr** einzureichen. Bis zum Ablauf dieser Frist kann ein abgegebenes Angebot geändert, berichtigt oder zurückgenommen werden.

#### **3.6.2 Zuschlags- und Bindefrist**

Mit Ablauf der Angebotsfrist beginnt die Zuschlagsfrist. Der Bieter ist bis zum **15.10.2026, 24:00 Uhr** an sein Angebot gebunden. Das Angebot kann während der Zuschlagsfrist nicht geändert, berichtigt oder zurückgezogen werden.

### **3.7 Einreichung des Angebotes**

Das Angebot ist elektronisch über die Vergabeplattform einzureichen. Anderweitig übermittelte Angebote, bspw. per Post oder mittels Telefax oder E-Mail, sind nicht zugelassen.

### **3.8 Berichtigungen, Änderungen oder Zurückziehung des Angebotes**

Nachträgliche Berichtigungen oder Änderungen des Angebots bzw. die Rücknahme des Angebots sind nur bis Ablauf der Angebotsfrist gemäß Ziffer 3.5.1 möglich. Nach Abgabe eines Angebotes kann sich der Bieter im System des Vergabeportals eine Übersicht aller seiner für das jeweilige Verfahren eingereichten Angebote anzeigen lassen. Ausgehend von dieser Übersicht können bis zum Ablauf der Angebotsfrist auch Angebote elektronisch zurückgezogen werden mit der Folge, dass diese zwar nicht physisch gelöscht, allerdings der Vergabestelle mit Angebotsöffnung nicht mehr vorgelegt werden. Neue bzw. geänderte Angebote sind ebenfalls wieder über das elektronische Vergabeportal einzureichen. Berichtigungen oder Änderungen müssen zweifelsfrei zuzuordnen sein. Berichtigungen oder Änderungen, die diese Anforderungen nicht erfüllen, werden nicht berücksichtigt.

### **3.9 Kosten der Angebotserstellung**

Für das Bearbeiten und Erstellen des Angebots wird dem Bieter vom Auftraggeber keine Vergütung oder Entschädigung gewährt.

### **3.10 Tariftreue und Mindestlohn**

Am 1. Juli 2013 ist das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) in Kraft getreten. Danach dürfen öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Auftragswert von EUR 20.000,00 (netto) nur an Unternehmen vergeben werden, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, die Tariftreuepflichten nach § 3 LTMG zu erfüllen und die Zahlung des Mindestentgelts nach § 4 LTMG zu gewährleisten.

Bei der Angebotsabgabe ist eine Verpflichtungserklärung des Bieters gemäß § 3 Abs. 1 bis 3 LTMG (Tariftreueerklärung) sowohl für den Bieter als auch für die Nachunternehmer und Verleihunternehmen, die der Bieter bei der Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen einbinden möchte, abzugeben. Hierzu sind die den Vergabeunterlagen beigefügten Erklärungen zu verwenden.

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Angebotsabgabe nicht beiliegende bzw. den Anforderungen formal bzw. inhaltlich nicht genügende Erklärungen unter Fristsetzung nachzufordern. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht. Fehlt eine Verpflichtungserklärung auch nach Nachforderung, so ist das Angebot von der Wertung auszuschließen, vgl. § 5 Abs. 4 LTMG.

### **3.11 Eigenerklärung zu Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576**

Die Europäische Union hat mit der Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 883/2014 auf Grund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine Sanktionen erlassen, die die Vergabe und die Ausführung öffentlicher Aufträge und Konzessionen ab Erreichen der EU-Schwellenwerte unmittelbar – also ohne weitere nationale Umsetzungsrechtsakte – betreffen. Auf Grund von Artikel 5k der Verordnung gilt einerseits seit dem 9. April 2022 ein Zuschlagsverbot für noch nicht abgeschlossene Vergabeverfahren und andererseits das Verbot, bereits vergabene Aufträge ab 11. Oktober 2022 weiter zu erfüllen, soweit Personen oder Unternehmen, die nach der Vorschrift Russland zuzuordnen sind, unmittelbar als Bewerber oder Bieter auftreten oder als Unterauftragnehmer, Lieferant oder im Zusammenhang mit der Erbringung von Eignungsnachweisen an dem in Rede stehenden Auftrag beteiligt sind und mehr als 10 % des Auftragswertes auf das betroffene Unternehmen entfallen.

Für die Prüfung, ob demnach ein Zuschlagsverbot besteht, ist bei der Angebotsabgabe eine Erklärung des Bieters abzugeben. Hierzu ist die den Vergabeunterlagen beigefügte Erklärung zu verwenden. Für den Fall, dass diese Erklärung von Ihnen nicht wahrheitsgemäß abgegeben werden kann, bitten wir um Mitteilung, inwieweit Gründe vorliegen, die nach Artikel 5k der vorgenannten Verordnung ein Zuschlagsverbot begründen können.

### **3.12 Produktvorführung**

Die Bieter haben zur Prüfung der Qualität und Funktionalität ihrer Produkte innerhalb einer Woche auf Anforderung der Vergabestelle während der Phase der Angebotsprüfung und -wertung eine Vorführung eines dem Angebot gleichen oder vergleichbaren Modells am Lieferort des Auftraggebers durchzuführen.

Bei der Vorführung ist es dem Auftraggeber zu ermöglichen, das Fahrzeug einschließlich der leistungsgegenständigen Komponenten eigenständig auf Funktionalität, Verarbeitung, Betriebseigenschaften und Qualität zu prüfen und zu testen. Hierzu sind eine

Funktionsprüfung aller relevanten Komponenten sowie entsprechende Probefahrten vorzusehen.

Fahrzeug und Ladekran können hierbei auch getrennt voneinander vorgeführt werden, sofern eine gleichwertige Beurteilung der Gesamtfunktionalität gewährleistet ist.

### **3.13 Nachforderung von Unterlagen**

Die Vergabestelle behält sich vor, die Bieter im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Ein Anspruch der Bieter hierauf besteht nicht.

## **4 Berücksichtigung der Angebote und Zuschlagskriterien**

### **4.1 Berücksichtigung der Angebote**

Nicht berücksichtigt werden Angebote, deren Bieter und/oder vorgesehene Unterauftragnehmer nicht die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen erforderliche Eignung besitzen (§ 42 VgV) bzw. nicht die in der EU-weiten Auftragsbekanntmachung geforderten Mindestbedingungen erfüllen.

#### **4.1.1 Ausschluss vom Verfahren**

Der Ausschluss vom Verfahren bestimmt sich nach den gesetzlichen Vorgaben. Hingewiesen wird insbesondere auf Folgendes:

- Ausgeschlossen werden Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten.
- Wettbewerbsbeschränkende Absprachen führen ebenfalls zum Ausschluss des Angebots.

Die vorstehenden Ausschlussgründe erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

#### **4.1.2 Eignung**

Nicht berücksichtigt werden Angebote, wenn der Bieter nicht die für die Erbringung des Auftrags erforderliche Eignung besitzt (§§ 42 ff. VgV).

Die geforderten Eignungsnachweise sind in der EU-weiten Auftragsbekanntmachung und im Angebotsformular dargestellt.

Die Vergabestelle weist darauf hin, dass die Eignung der Bieter während des gesamten Vergabeverfahrens fortbestehen muss. Die Vergabestelle ist daher zur erneuten Prüfung der Biitereignung verpflichtet, sofern der Auftraggeber von Sachverhalten Kenntnis erlangt, die die Eignung des Bieters für die Erbringung der ausgeschriebenen Leistung in Frage stellen könnten.

Die Vergabestelle wird gemäß § 6 WRegG vor Erteilung eines Zuschlags eine Auskunft bei der Registerbehörde und / oder eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister hinsichtlich der für den Zuschlag vorgesehenen Bieter einholen und die Auskünfte bei der Entscheidung über einen evtl. Ausschluss des / der betroffenen Bieter berücksichtigen.

## **4.2 Zuschlagskriterien**

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes werden neben dem quantitativen Zuschlagskriterium „Preis“ auch qualitative Zuschlagskriterien berücksichtigt. Zur gemeinsamen Bewertung werden quantitative und qualitative Zuschlagskriterien in direkt vergleichbare Bewertungspunkte umgerechnet. Für die Gewichtung zwischen qualitativen und quantitativen Zuschlagskriterien werden folgende maximal erzielbare Punktezahlen festgelegt:

Quantitative Zuschlagskriterien	maximal 800 Punkte
<u>Qualitative Zuschlagskriterien</u>	<u>maximal 200 Punkte</u>
Summe	maximal 1.000 Punkte

Den Zuschlag erhält das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl.

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt! Nicht mit dem Angebot einreichen!)

Im Fall einer identischen Punktzahl wird ein Losentscheid durchgeführt.

**Quantitative Zuschlagskriterien** sind dabei:

- die gemäß dem Anhang 1 zum Angebotsformular ermittelbaren Entgelte auf der Grundlage
  - der angebotenen Entgelte pro Mengeneinheit (Spalte 3),
  - der dargestellten (Auswertungs-)Mengen (Spalte 4).

Der Auswertungszeitraum für die Durchführung der Wartung/Inspektion im Full-Service und des Kundendienstes erstreckt sich über einen Zeitraum von 2 Jahren.

Die Ermittlung der Punktzahl für die quantitative Bewertung der Angebote erfolgt unter Anwendung der folgenden Berechnungsformel:

$$P_i = \text{MAX}\left(0; \frac{E_{\max} - E_i}{E_{\max} - E_{\min}}\right) \times P_{\max}$$

Legende:

$P_i$	=	Punkte für Gesamtentgelt des betrachteten Angebotes (i)
$P_{\max}$	=	maximaler Punktwert des Angebotes mit dem niedrigsten Gesamtentgelt
$E_i$	=	Gesamtentgelt des betrachteten Angebotes (i)
$E_{\min}$	=	niedrigstes Gesamtentgelt der Angebote
$E_{\max}$	=	Maximalwert für eine Punktvergabe (Gesamtentgelt des günstigsten Angebotes x 2)

Aufgrund der Berechnungsformel sind bis 800 Punkte rechnerisch möglich, wobei für das Angebot mit dem niedrigsten Gesamtentgelt 800 Punkte vergeben werden. Bei einem Gesamtentgelt, das um 50 % höher ist als das Gesamtentgelt des günstigsten Bieters, werden 400 Punkte vergeben.

Als **qualitative Zuschlagskriterien** werden die **Entfernung zur Fach- und Vertragswerkstatt** sowie die **Minimierung der Ausfallzeit des Fahrzeuges** anhand der nachfolgend genannten Kriterien berücksichtigt:

- **Maximale Entfernung zum Standort der Fach- und Vertragswerkstatt (max. 100 Punkte)**

Bewertet werden die verbindlichen Angaben der Bieter zur maximalen Entfernung zum Standort der Fach- und Vertragswerkstatt.

Die Bewertung erfolgt in der Form, dass Angebote, deren Vertragswerkstatt maximal 25 km von der Entsorgungsanlage Bengelbruck (Bewertungsuntergrenze) entfernt ist, Punkte erhalten. Die Bewertungsobergrenze (maximaler Punktwert) wird bei einer maximalen Entfernung von 0,5 km erreicht. Angebote, bei welchen die maximale Entfernung zwischen der Entsorgungsanlage Bengelbruck und der Werkstatt von 25 km erreicht wird, erhalten 0 Punkte. Die Punktwertung zwischen der Bewertungsuntergrenze und der Bewertungsobergrenze erfolgt linear.

- **Minimierung der Ausfallzeit des Fahrzeuges (max. 100 Punkte)**

Bewertet werden die verbindlichen Angaben der Bieter zur Minimierung der Ausfallzeit des Fahrzeuges während der Durchführung von Reparaturen (z.B. durch die Gestellung eines Ersatzfahrzeuges, die Zusicherung der Durchführung der Reparaturen nur in der Zeit von 18:00 Uhr bis 05:00 Uhr oder nur am Wochenende, die

Durchführung von Reparaturen von Fahrgestell und Aufbau in einer Werkstatt, Hol- und Bringservice).

Die Bewertung erfolgt bezogen auf die Erwartungshaltung des Auftraggebers nach folgender Abstufung: „sehr gut“ (100 %), „gut“ (80 %), „befriedigend“ (60 %), „unbefriedigend“ (40 %) und „keine Angaben / total falsch“ (0 %). Die Vergabe der Maximalpunktzahl erfolgt damit nicht zwingend an das beste angebotene Konzept.

Die Bewertung der qualitativen Kriterien erfolgt anhand der verbindlichen Eintragungen im Angebot.

Die im Angebot angegebenen Maßnahmen zur Erfüllung der qualitativen Kriterien werden Inhalt des Vertrags.

Wesentlich ist, dass die genannten qualitativen Kriterien nicht verwechselt werden mit Merkmalen und Anforderungen, die von jedem Bieter zwingend gefordert werden (gesetzliche Vorgaben, Mindestanforderungen gemäß Leistungsbeschreibung und Anforderungen an Fachkunde, Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit der Bieter).

Bei unplausiblen Eintragungen erfolgt die Wertung des Angebotes hinsichtlich des jeweiligen Kriteriums – ggf. nach Durchführung eines Aufklärungsgespräches – mit 0 Punkten. Eine Nachforderung ist gemäß § 56 Abs. 3 S. 1 VgV ausgeschlossen.

**5      Mitteilungen und Bekanntmachungen****5.1    Mitteilungen über nicht berücksichtigte Angebote; § 134 GWB**

Die Zuschlagserteilung erfolgt bis spätestens zum Ablauf der Zuschlagsfrist, sofern diese nicht einvernehmlich verlängert wird. Die Vergabestelle informiert die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, in Textform über den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebotes und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses. Die Information wird spätestens 15 Kalendertage vor dem Vertragsschluss an die Bieter versendet. Wird die Information per Fax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage.

**5.2    Bekanntmachung der Auftragsvergabe, § 39 VgV**

Mit der Abgabe seines Angebots erklärt sich der Bieter damit einverstanden, dass im Falle der Zuschlagserteilung auf sein Angebot, unter den Voraussetzungen von § 39 VgV, sein Name bekannt gemacht wird. Sofern Gründe geltend gemacht werden, die gegen eine Bekanntmachung sprechen, entscheidet die Vergabestelle nach pflichtgemäßem Ermessen.

**6      Vergabekammer**

Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren ist die Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe, Durlacher Allee 100, 76137 Karlsruhe, Telefon 0721/926-8730, Telefax: 0721/926-3985, E-Mail [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de).